

Haushaltsrede zur Verabschiedung des Haushaltsplanentwurfes für das Haushaltsjahr 2025

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

wenn überall nur noch gestritten und gekämpft wird, in der Politik ein harscher Ton die Kommunikation beherrscht, wendet sich die Allgemeinheit ab und konzentriert sich auf den eigenen Bereich. Die Bereitschaft zur Mitwirkung, Gestaltung und zur Übernahme von Ehrenamt bleibt auf der Strecke.

Deshalb bin ich froh und erleichtert, dass wir in diesem Jahr eine Haushaltsberatung auf Augenhöhe und in konstruktivem Miteinander erleben durften. Themen wie Finanzen, Migration, Integration, Bauen, Mobilität, die die Vorredner bereits ausführlich erläutert haben, sowie die eingeschränkten Finanzen haben dies nicht leicht gemacht.

In den vergangenen Haushaltsreden habe ich immer wieder die Ausweitung des Stellenplans kritisch angesprochen und auf die erforderliche Transparenz hingewiesen.

In diesem Jahr wurden wir frühzeitig eingebunden, die gewünschten Erweiterungen wurden seitens des Personalamtes hinterfragt und auf die notwendigsten Anteile reduziert. Auch die Transparenz im Stellenplan ist deutlich zu erkennen. Wünschenswert wäre, wenn durch Bund und Land keine weiteren ergänzenden oder neuen Aufgaben an die Kreise und Kommunen weitergegeben würden, die eine Ausweitung des Stellenplanes mit sich bringen.

Mit Sorge ist die Entwicklung der Kosten im sozialen Kontext im Kreis zu betrachten. Nicht nur die LWL-Umlage steigt kontinuierlich, sondern neben der Kreisumlage vor allem die Jugendamtsumlage. Mitverantwortlich dafür sind

- Kosten im Bereich der außerfamiliären Unterbringung wie z.B. Heimpflege für Minderjährige in Höhe von 9,1 Mio.€,

- Hilfen zum Lebensunterhalt für Ukraine-Rentner, die aufgrund des § 7 Abs. 4 SGB II durch den tatsächlichen Rentenbezug keinen Anspruch auf SGB II-Leistungen haben.

- Auch das Thema Krankenhilfe - wenn kein Versicherungsanspruch besteht - ist mit Sorge zu betrachten, da niemand abschätzen kann, wie hoch die Kosten im kommenden Jahr ansteigen werden.

An dieser Stelle sind sie Herr Dr. Gericke als Präsident des Landkreistages gefragt, die Themen anzusprechen und in die zuständigen Gremien zu befördern. Es kann nicht sein, dass uns Bund und Land mit diesen Kosten belasten.

Der Bereich Digitalisierung wird uns in den kommenden Jahren herausfordern. Schon jetzt ist erkennbar, dass die Preisspirale unermüdlich nach oben geht. Gerade im Kontext Digitalisierung ist die interkommunale Zusammenarbeit, die gemeinsame Beschaffung und die Nutzung von menschlicher und künstlicher Intelligenz gefragt.

Dass der Kreis Warendorf in diesem Themenfeld auf einem guten Weg ist, wurde in der Behandlung des Antrages der FWG zum Digitalisierungsausschuss deutlich.

- Zentrale Systeme wie Geo-Portal werden genutzt, gebrauchte Lizenzen sind gekauft worden, der Kreis übernimmt Telefondienste für Kommunen, Open source wird genutzt, Netzwerke tauschen sich aus, Genossenschaftsrahmenverträge werden angestrebt, ...

Bleiben wir bei dem Thema Zusammenarbeit und Synergien nutzen: Im Bauausschuss wurde das Thema Rettungswachen an Feuerwehrgerätehäusern thematisiert.

In Ennigerloh sind die Planungen weit fortgeschritten; Sendenhorst steht noch am Anfang. Unser Vorschlag, bereits bestehende Planungen zu nutzen und zu spiegeln, wurde im Ausschuss parteiübergreifend positiv diskutiert. Warum nicht bei neuen Projekten prüfen, ob gute Planungen zu verwenden sind.

Die Stadt Warendorf hat gezeigt, dass sich ein derartiges Vorgehen positiv auswirkt. Die Planungszeiten verkürzen sich, die Ausschreibungen und die Umsetzungen sind schneller durchzuführen; Bauzeiten verkürzen sich erheblich – und vor allem die Baukosten.

Mit dem Zentrum für Bevölkerungsschutz steht in den kommenden Jahren ein großes Projekt auf der Agenda. Brauchen wir das Multifunktionsgebäude, werden wir immer wieder gefragt.

Ob wir es brauchen? – Hoffentlich nicht in der Intensität, die im Zusammenhang mit kriegerischen Handlungen stehen. – In den letzten Jahren ist jedoch die Notwendigkeit deutlich geworden, z.B. in der Coronazeit, oder mit den Auswirkungen des Angriffskrieges auf die Ukraine.

In den Haushaltsberatungen haben wir uns der Aufforderung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister im Kreis angeschlossen, keine neuen – insbesondere freiwillige und nicht kostendeckende - Aufgaben zu übernehmen.

Auch die Wünsche der Antragsteller wie Frauenhäuser, AiD´s-Hilfe u.a. auf Erhöhung der Unterstützung wurden in diesem Kontext diskutiert und auf das notwendige Maß begrenzt; immer unter dem Focus, dass Diese eine nicht zu unterschätzende Leistung in unserer Gesellschaft erbringen.

Dass die Höhe der Kreisumlage und der Jugendamtsumlage deutlich unter dem Ansatz im Haushaltsentwurf liegt, ist eine erfreuliche Entwicklung. Hoffen wir, dass auch in den Folgejahren positive Faktoren eine akzeptable und für die Kommunen verträgliche Festsetzung ermöglichen.

Wie sich die kommunalen Finanzen in der Zukunft entwickeln werden, ist anhand der Zahlen des unabhängigen Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ für den Zeitraum 2024 bis 2029 zu sehen. Zwar steigen die Steuereinnahmen, doch die Ausgaben steigen ebenfalls.

Im Artikel „Finanzen: Kommunen fordern Rettungspaket“ von Gudrun Mallwitz, Redakteurin von Kommunal, veröffentlicht am 29.10.2024 heißt es: **„Ausgabenproblem in Deutschland“** –

Sie zitiert den Hauptgeschäftsführer des deutschen Städte- und Gemeindebundes wie folgt: „Um die Kommunen strukturell zu entlasten, sind ein Aufgabenmoratorium und eine echte Konnexität, die kostenintensive Standardanpassungen sowie Erweiterungen bestehender Aufgaben umfasst, dringend notwendig.“ Zudem sei eine



Erhöhung der gemeindlichen Anteile an den Gemeinschaftssteuern dringend geboten.

Die Steuerschätzungen zeigen, dass in den kommenden Jahren kaum noch Gestaltungsspielraum im Aufgabenbereich der Kommunen besteht.

Und jetzt?

Kopf in den Sand stecken? Nein!

Wir alle zusammen bilden eine starke Gemeinschaft und können gemeinsam dazu beitragen, dass unsere Region, unser Kreis, unsere Kommune für die Zukunft gerüstet ist und den Herausforderungen konstruktiv und zielführend begegnet.

Dabei müssen wir alle Faktoren im Blick behalten und Sorge tragen, dass weder soziale Themen noch Klimaschutz und Wirtschaft aus dem Focus geraten. Wir tragen Verantwortung für die Zukunft. Wir dürfen nicht nur für die nächste Wahlperiode, sondern müssen für die nächsten 10 – 20 – 30 Jahre denken und die Konsequenzen unserer Entscheidungen langfristig betrachten.

Dieser Haushalt für das Jahr 2025 zeigt, dass die Verwaltung mit Augenmaß gearbeitet und Prestigeprojekte zurückgestellt hat.

Die FWG-Kreistagsfraktion stimmt dem Haushalt in der beratenen Form zu.

Danke an alle, die auch in diesem Jahr zum Gelingen beigetragen haben

- Danke den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung
- Danke an alle Kreistags- und Ausschussmitglieder
- Danke für ihre Aufmerksamkeit.

Dorothea Nienkemper

FWG-Fraktionsvorsitzende